



Deutschland unterstützt Projekt zur ländlichen Entwicklung in Israel

Deutschland unterstützt Projekt zur ländlichen Entwicklung in Israel
Das Bundeslandwirtschaftsministerium unterstützt ein Projekt zur ländlichen Entwicklung in Israel zur Schaffung neuer Einkommensmöglichkeiten auf dem Lande. Das Projekt wird im Rahmen der durch die EU geförderten Behördenpartnerschaft Twinning gefördert. Anlässlich der Entscheidung Israels und der Europäischen Kommission den von Italien und Deutschland gemeinsam vorgelegten Projektvorschlag anzunehmen, erklärte Dr. Robert Kloos, Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium: "Unsere vielfältigen Erfahrungen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene möchten wir gerne im Rahmen des neuen Twinning-Projekts mit Israel einbringen." Mit dem Projekt, das 2013 starten wird, soll das israelische Landwirtschaftsministerium bei der Entwicklung neuer Strategien für den Agrotourismus und für die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur unterstützt werden. Die israelische Landwirtschaft ist durch gemeinschaftliche Kooperativen wie Kibbutze charakterisiert und hoch produktiv. Mit dem Ausbau des Angebots für den Urlaub auf dem Lande sollen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Sowohl das italienische Landwirtschaftsministerium als auch das Bundeslandwirtschaftsministerium werden Experten vor Ort entsenden. Eingebunden werden zudem Kurzzeitexperten, unter anderem aus Bayern zum Thema "Urlaub auf dem Bauernhof", die in Einsätzen von drei bis fünf Tagen ihr Wissen und ihre Erfahrungen den israelischen Kollegen vermitteln. Hintergrund: Was ist Twinning? Im Rahmen von Twinning-Projekten (Behördenpartnerschaften) werden Experten aus den Dienststellen des Bundes und der Länder für bis zu zwei Jahre in Partnerländer entsandt, um gemeinsam mit den lokalen Bediensteten Projekte wie den Aufbau einer Behörde oder die Vorbereitung eines Gesetzes bzw. einer Strategie durchzuführen. Im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik wurde 2003 das Instrument Twinning, das ursprünglich für die Heranführung der EU-Beitrittskandidaten an das EU-Recht geschaffen wurde, auf die neuen Nachbarn der EU, darunter auch Israel und weitere Mittelmeer-Anrainer, zur Förderung des Auf- und Ausbaus institutioneller Strukturen ausgeweitet. Aktuelle Informationen zu den laufenden Twinning-Projekten finden Sie unter www.bmelv-twinning.de.
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 03 0 / 1 85 29 - 0
Telefax: 03 0 / 1 85 29 - 42 62
Mail: poststelle@bmelv.bund.de
URL: <http://www.bml.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.